

Swissaid: «500 Jahre lang wurde genommen. . .»

# Entwicklung muss von unten, von innen kommen

«500 Jahre lang wurde genommen. Jetzt ist es Zeit, etwas zurückzugeben.» Mit diesem Aufruf eröffnet das Hilfswerk Swissaid seine diesjährige Sammelkampagne, in der die Folgen der Eroberung des amerikanischen Kontinents durch die Europäer kritisch beleuchtet werden.

(sda) Bei der diesjährigen Sammelaktion will das Hilfswerk die Öffentlichkeit mit Werbespots in Kinos und Fernsehen sowie mit Inseraten in Zeitungen auf seine Anliegen aufmerksam machen. Aus Ersparnisgründen wird auf den Versand von Prospekten verzichtet; damit spare man rund 18 Tonnen Papier, meinte Elsbeth Steiner von der Swissaid-Informationsabteilung.

Mit der Eroberung Amerikas durch die Europäer begann für die dort lebenden Völker eine Geschichte der Unterdrückung, deren negative Folgen heute noch zu spüren sind. Nach wie vor bestimmen Unrecht, Elend und Abhängigkeit den Alltag der Mehrheit der Bevölkerung.

Es sei nun an uns Europäern, wenigstens einen Teil dieser Schuld zurückzuzahlen und Lateinamerika zu einer eigenständigen Entwicklung zu verhelfen. Swissaid wolle zur Überwindung der immensen Entwicklungsprobleme einen Beitrag leisten, indem es den Benachteiligten Lateinamerikas helfe, ihren eigenen, selbst-bestimmten Weg aus Elend und Abhängigkeit zu finden, erklärte die Präsidentin des Stiftungsrates Gabrielle Nanchen am Mittwoch in Bern vor der Presse.

In diesem Sinne unterstützt Swiss-

aid nach den Worten von Nanchen Entwicklungsprojekte, die von den Betroffenen selber angeregt und durchgeführt werden, und helfe so bei einer «Entwicklung von unten, von innen» mit. Die Probleme der Armen könnten nur «durch die Armen selbst, durch eine Mobilisierung ihres eigenen Potentials, ihres Wissens, ihrer Kreativität» gelöst werden, ergänzte Barbara del Pozo, Ausland-Verantwortliche bei Swissaid.

Eine Schlüsselrolle in dieser selbstbestimmten Entwicklung spielen die Frauen. Drei Vertreterinnen von Swissaid-Partnerorganisationen in Lateinamerika – die Ecuadorianerin Soledad Duenas, die Kolumbianerin Mercedes Oliva Moya Moreno und die Nicaraguanerin Olga Maria Espinoza Baquedano – schilderten den Beitrag der Frauen an die ländliche Entwicklung. Da die Männer meist in den Städten Arbeit suchen müssen, bleibt die Arbeit auf dem Lande an den Frauen hängen. Entwicklungsorganisationen brauchen sehr lange, bis sie die Bedeutung der Frau im Entwicklungsprozess erkannten und begannen, Entwicklungsprojekte den Bedürfnissen der Frau anzupassen. Frauen gehe es weniger um Produktions-Steigerung, sondern mehr um Sicherung der Lebensgrundlagen; soziale Rentabilität gehe ihnen vor wirtschaftlicher Rentabilität.

Hilfe an Frauen-, Bauern- und Indianervereinigungen

Die von Swissaid unterstützten Frauen-Projekte beschäftigen sich primär mit den grundlegenden Bedürfnissen der Familie: Ernährung, Kinderpflege, Kleintierhaltung, Handwerk, landwirtschaftliche Produktion. Dabei werden vorwiegend die lokal verfügbaren Ressourcen eingesetzt.

Neben den Frauengruppen gehören zu den Partnern von Swissaid in Ecuador, Kolumbien und Nicaragua vor allem lokale und regionale Bauern- und Indianer-Vereinigungen, ländliche Gemeinden, Genossenschaften. In der Projekt-Unterstützungs-Politik gehe es Swissaid weniger um die Art des Projektes als um die Frage, ob dabei eine grösstmögliche Mobilisierung des eigenen Potentials, der «inneren Ressourcen» erreicht werden kann, betonte del Pozo.



Frauen spielen bei der Entwicklungsarbeit eine Schlüsselrolle. (Foto: zvg)

Radioaktivitäts-Überwachung in der Schweiz 1987 und 1988:

## Radon viel gefährlicher als Tschernobyl-Caesium

Die auf Tschernobyl zurückzuführende künstliche Radioaktivität in Lebensmitteln war 32 Monate nach der Atomhavarie kaum mehr nachweisbar. Der grösste Beitrag zur Strahlenexposition der Bevölkerung stammt von Radon-Zerfallsprodukten im Wohnbereich. Die Kernkraftwerke in der Schweiz haben die Abgabegrenzwerte eingehalten.

(sda) Dies ist dem gestern veröffentlichten 30. Bericht der Eidgenössischen Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KÜR) für die Jahre 1987 und 1988 zu entnehmen. In den beiden Berichtsjahren wurde die langlebige Radioaktivität aus Tschernobyl, die nach der Katastrophe vom

26. April 1986 in die Schweiz gelangte, noch intensiv überwacht. Messungen an Erdboden-Proben ergaben, dass die Caesium-137-Aktivität pro Quadratmeter Bodenfläche bis Ende 1988 praktisch nicht abgenommen hat. Sie ist jedoch langsam in tiefere Bodenschichten eingedrungen, so dass die durch sie erzeugte externe Dosis kontinuierlich sank.

Der Rückgang der Caesium-Aktivitäten in Lebensmitteln stimmte mit den Ganzkörpermessungen überein, die bis Ende 1988 auf etwa einen Fünftel zurückgingen. Die KÜR berechnet die zusätzliche mittlere Dosis wegen Tschernobyl im Jahr 1987 auf 0,07 milli-Sievert (mSv) und 1988 auf 0,035 mSv. Das tschernobylbedingte Krebsrisiko sei viel kleiner als die natürliche und zivilisatorisch bedingte Streu-

breite und werde nicht nachweisbar sein.

Radon und seine Folgeprodukte sind dagegen viel gefährlicher. Heutige Risikomodelle lassen laut KÜR den Schluss zu, dass in der Schweiz im Mittel etwa 15 Prozent der Lungenkrebstodesfälle ihnen zuzuschreiben sind. Radon-222 entsteht beim Zerfall von Radium-226, einem Folgeprodukt des in der Natur praktisch überall im Boden vorkommenden Uran-238. Es tritt als Edelgas aus dem Boden und zum Teil auch aus Baumaterialien in die Luft aus. Im Innern von Gebäuden ist seine Konzentration meist deutlich höher als im Freien, da es sich dort anreichern kann. Beim Zerfall von Radon-222 entstehen Polonium, Wismut und Blei, die beim Atmen in den Bronchien und an der Lungenoberfläche abgelagert werden.

Radon-Folgeprodukte bewirken im Mittel eine Jahresdosis von 2,2 mSv. Damit ist dieser Betrag ungefähr doppelt so gross wie die Beiträge aller natürlichen Dosen zusammen (rund 1,2 mSv pro Jahr). Diese werden durch die natürliche Radioaktivität im Erdboden und in Baumaterialien (0,45 mSv), durch die Strahlung aus dem Welt- raum (0,34 mSv) und durch die natürliche Radioaktivität im menschlichen Körper (0,38 mSv) verursacht. Die aus den Emissionen der Kernkraftwerke berechneten jährlichen Dosen für alle Bewohner in der Umgebung waren kleiner als 0,2 mSv.

Der KÜR-Bericht kann in deutscher, französischer oder italienischer Sprache schriftlich beim Bundesamt für Gesundheitswesen, Abteilung Strahlenschutz, Postfach, 3001 Bern, bestellt werden.

Strassenrechnung 1988

## Sinkende Unterdeckung

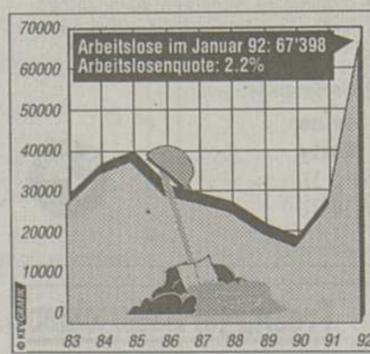
(sda) Die Strassenrechnung verbessert sich zusehends. In der Kapitalrechnung erreichte sie 1988 einen Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von 96,7% mit einer Fehldeckung von 153 Mio. Fr. und in der Ausgabenrechnung einen Deckungsgrad von 86,1% mit einem Defizit von 733 Mio. Fr. Die Kategorie Schwerverkehr deckte ihre Kosten zu 98 bzw. 82%, jene der leichten Fahrzeuge zu 97 bzw. 87%. Diese Zahlen gab das Bundesamt für Statistik (BFS) gestern bekannt. Massgebend für die Verbesserung der Strassenrechnung sind höhere Einnahmen aus den Treibstoffzöllen. Eine Rolle spielen auch die kantonalen Motorfahrzeugsteuern, die einen deutlichen Ertragszuwachs verzeichnen. Der Eigenwirtschaftlichkeitsgrad der Strasse verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,8 Prozentpunkte, der Deckungsgrad um 0,8 Prozentpunkte.

Die anrechenbaren Einnahmen aus dem Strassenverkehr betragen für das Jahr 1988 insgesamt 4518 Mio. Fr. (1987: 4266 Mio. Fr.) Der bedeutendste Anteil (64%) entfällt dabei auf die Treibstoffzollerträge. Die kantonalen Motorfahrzeugsteuern machen 24% aus. Sie nahmen von 1038 auf 1106 Mio. Fr. zu.

Arbeitslosigkeit in der Schweiz

## Romandie ist besonders betroffen

Die Arbeitslosigkeit hat im Januar weiter zugenommen. Ende des Monats waren 67 398 Arbeitslose eingeschrieben, 8818 mehr als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote im Tessin sowie in den Westschweizer Kantonen ist höher als in der übrigen Schweiz. Mit mehr ungekürzten Taggeldern für Arbeitslose, Freigabe der Arbeitsbeschaffungsreserven, Finanzierung von Kursen und Beschäftigungsprogrammen versucht der Bund die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu lindern.



(sda) Die Zuwachsrate, die im November mit 13,4 Prozent und im Dezember mit 13,1 Prozent die Zehnprozentmarke überstiegen hatte, erhöhte sich auf 15,1 Prozent. Die gesamtschweizerische Arbeitslosenquote, die im Dezember bei 1,9 Prozent gelegen hatte, stieg auf 2,2 Prozent. In der Westschweiz ist die Arbeitslosenquote höher als in der Deutschschweiz. Nach Ansicht des Freiburger Nationalrates Hugo Fasel, Präsident der Christlichen Gewerkschaft für Industrie, Handel und Gewerbe (CMV), widerspiegelt die Arbeitslosenstatistik nur einen Teil der Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt. «Eine höhere Zahl von Schwarzarbeitern in der deutschen Schweiz könnte die regionalen Unterschiede bereits erklären.»

Mehrere Experten, darunter Hugo Fasel und der Zürcher Wirtschaftswissenschaftler Serge Gaillard, machen den Einfluss der Nachbarländer geltend. Deutschland als privilegiertes Handelspartner der Deutschschweizer Kantone habe in den letzten Monaten und Jahren ein grösseres Wirtschaftswachstum erzielt als etwa Frankreich und Italien als traditionelle Wirtschaftspartner der Westschweizer Kantone und des Tessins.

Der waadtländische Volkswirtschaftsdirektor, Staatsrat Jacques

Martin, weist seinerseits auf den Sonderstatus der Grenzkanzone hin. Laut Martin ist es für einen Unternehmer eines Grenzkantons naheliegender, bei einer Expansion seines Betriebes auf das günstige Arbeitnehmerpotential im benachbarten Ausland zurückzugreifen, als kostspielige Investitionen zu tätigen

Massnahmen des Bundes und der Kantone

Ende November gab der Bund die Arbeitsbeschaffungsreserven von insgesamt 400 Mio. Fr. frei. Rund 700 Schweizer Unternehmen können ihre bisher blockierten Reserven bis Ende 1993 für Investitionen einsetzen, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein besonderes Gewicht kommt den Präventivmassnahmen zu. Der Fonds der Arbeitslosenversicherung (ALV) finanziert Bildungskurse und Beschäftigungsprogramme mit. Nach Schätzung des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) haben 1991 rund 10 000 Menschen einen Bildungskurs besucht.

In den Kantonen Genf, Neuenburg, Waadt, Jura, Wallis, Tessin und Baselstadt können Arbeitslose mindestens 170 statt 85 ungekürzte Tagelder beziehen.

### WIRTSCHAFT

#### Ascom erwartet höheren Betriebsgewinn

(sda) Der Ascom-Konzern erwartet für 1991 einen gegenüber dem Vorjahr verbesserten Betriebsgewinn. Der in der Telekommunikation und Dienstleistungsautomation tätige Konzern teilte gestern in einem Aktionärsbrief mit, dass sich sein Umsatz im letzten Jahr um drei Prozent auf 3,05 Mrd. Fr. erhöhte. Der Auftragseingang habe bei 2,85 Mrd. Fr. stagniert.

Diese Zahlen spiegeln die Zurückhaltung, die bei der Investitionstätigkeit weltweit herrsche. In diesem Jahr erwartet die Ascom eine markante Zunahme sowohl des Auftragseingangs wie des Umsatzes. Auch der operative Gewinn dürfte nochmals verbessert werden, schreibt die Ascom Holding AG, Bern, in dem Aktionärsbrief.

Der Konzernbereich Vertrieb- und Dienstleistungen konnte den Umsatz 1991 um 28 Prozent auf 615 Mio. Fr. steigern. Ein Grund dafür ist die Übernahme der Timeplex, die ab 1. Oktober konsolidiert wurde.

#### Oberster Chef bei Patria Versicherungen tritt zurück

(sda) Bernard Pèrusset, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Patria Versicherungen, ist zurückgetreten. Meinungsverschiedenheiten über die Art der Führung und gesundheitliche Gründe seien ausschlaggebend gewesen für den Rücktritt, teilte die Patria Versicherungen gestern in einem Communiqué mit.

Bernard Pèrusset hat nach sechs Jahren oberster Geschäftsleitung das Amt verlassen. Roland Geissmann, Leiter des Departements Finanzen, übernimmt ad interim die Führung der Geschäftsleitung. Patria Versicherungen ist die fünfgrösste schweizerische Lebensversicherung und beschäftigt 2000 Personen.

Savary-Nachfolge

#### Weyeneth ist Kandidat

(ju) Für die Nachfolge des Freiburgers Jean Savary an der Spitze des Schweizerischen Bauernverbandes gibt es nun schon eine Reihe von Bewerbern. Die Rede ist von Nationalrat Karl Tschuppert (fdp., Luzern), Ständerat Bernhard Seiler (svp., Schaffhausen) und Marcel Sandoz (fdp., Waadt).

Zu den Bewerbern gehört auch der Berner Grossrat Hermann Weyeneth (svp.), Utzenstorf. Auch hätte sich der Präsident des Berner Bauernverbandes, SVP-Nationalrat Heinz Schwab, für dieses Amt zur Verfügung gestellt. Gestern nachmittag hat sich der Vorstand des Bernischen Bauernverbandes nach langer Beratung für Grossrat Weyeneth entschieden. Er erhielt 39 Stimmen, Schwab 33 Stimmen. Ob damit die Berner ihre Chancen für das Präsidium des Schweizerischen Bauernverbandes schmälerten, wird sich am 20. Februar weisen. An diesem Tag wird der neue Präsident von der Delegiertenversammlung gewählt.

ANZEIGE

WOLLEN SIE NOCH MEHR STEUERN BEZAHLEN ?

Die Krankenkassen-Initiative kostet jedes Jahr Milliarden. Die Steuern werden steigen. Das können wir uns nicht leisten.

Darum am 16. Februar 1992 NEIN zur Krankenkassen-Initiative

ARBEITSKREIS SOZIALE KRANKENVERSICHERUNG POSTFACH, 8024 ZÜRICH PC 80-42900-3